

Buchbesprechungen

Heinz-J. Bontrup/Kai Springob, Gewinn- und Kapitalbeteiligung. Eine mikro- und makroökonomische Analyse, Verlag Gabler, Wiesbaden 2002, 283 S., 28,90 €.

„Ich lasse mein Geld für mich arbeiten!“. Diese Möglichkeit scheint der moderne Kapitalismus für einige mit sich gebracht zu haben, während die große Mehrheit allerdings weiterhin ihr Brot durch eigene Arbeit verdienen muss. Gleich zu Anfang des neuen Buchs von Heinz-J. Bontrup und Kai Springob wird demgegenüber klargestellt: Die einzige Quelle von Einkommen und Gewinn ist die menschliche Arbeit. Dies war immer so und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern, auch wenn es immer einmal wieder Zeiten gibt, wo Arbeitswerttheoretiker es schwer haben. Erst kürzlich schien die rasante Entwicklung der New Economy das Unmögliche möglich zu machen: reich zu werden, ohne auch nur einen Finger zu krümmen - allenfalls den am Computer zur Eingabe von Wertpapierordern. Mittlerweile sind jedoch alle wieder auf dem Boden der Realität angekommen und haben zum Teil schmerzlich erfahren müssen, dass sie lediglich einer spekulativen Blase aufgesessen waren. Vor diesem Hintergrund kommt das Buch von Bontrup/Springob zur rechten Zeit, um die schmerzlichen Erfahrungen gründlich theoretisch aufarbeiten zu können. Insofern ist auch der Titel „Gewinn- und Kapitalbeteiligung“ im weitesten Sinne zu verstehen. Die Fragen, die diskutiert werden, gehen weit über eine Reflexion möglicher Formen der Mitarbeiterbeteiligung hinaus.

Im informativen und gut lesbaren ersten Teil arbeiten die Autoren die Entstehung, Realisierung und Wirkung des Gewinns auf. Der weite Bogen zieht sich von den klassischen Ökonomen bis hin zu Erklärungsansätzen innerhalb der neoklassischen Theorie. Dabei wird klar, dass im Rahmen der Marxschen Werttheorie bereits alles

Wesentliche zum Verhältnis von Arbeit und Gewinn gesagt worden ist. In Anknüpfung und Weiterentwicklung der klassischen Nationalökonomie wurde hier nachgewiesen, dass Werte nur durch Arbeit geschaffen werden. Diese heute vielfach vergessene oder verdrängte Erkenntnis hat weitreichende Konsequenzen: Jedes arbeits- bzw. leistungslose (Gewinn-)Einkommen geht zu Lasten des Einkommens der Arbeiter bzw. - allgemeiner - der Lohnsumme. Je höher also die gesamtgesellschaftliche Gewinnsumme, desto mehr wird den produktiv Tätigen - sofern ihnen der Gewinn nicht über verschiedene Formen der Kapitalbeteiligungen wieder zufließt - vorenthalten. Die Verteilung auf Lohn und Gewinn ist damit die für das kapitalistische System zentrale Frage geblieben. Wie im folgenden dann gezeigt wird, geht es bei der Verteilung aber nicht nur um ethische Fragen. Von ihr hängt letztlich die gesamte wirtschaftliche Entwicklung - Prosperität oder Krise - ab.

Diese Dimension der Verteilungsfrage ist heute kaum noch gegenwärtig. Stattdessen dominieren vielfältige Ansätze, die diesen Zusammenhang verschleiern. Eine der wirkmächtigsten ist die so genannte „Grenzproduktivitätstheorie“, die einen der Kernbausteine der Neoklassik darstellt. Sie ist die herrschende „Wert“-lehre der zeitgenössischen Ökonomik. In einer mikroökonomischen, auf die Analyse der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge verzichtenden Sichtweise wird unterstellt, jeder Produktionsfaktor (Arbeit, Boden, Kapital) würde „gerecht“ nach seinem jeweiligen Beitrag zum Produktionsergebnis in Form von Lohn, Rente und Gewinn entlohnt. Der Unternehmer bekomme ne-

ben dem Unternehmerlohn für seine produktive Tätigkeit noch den ihm zustehenden Gewinn, der Bodenbesitzer die ihm zustehende Rente und der Arbeiter den verdienten Lohn. Nicht der Wert der Arbeit bestimmt zudem den zu verteilenden Wert, sondern der subjektive Gebrauchswert einer Ware und damit der Nutzen, die sie seinem Käufer stiftet. Bontrup/Springob weisen darauf hin, dass diese Theorie ihren Ursprung in der ideologischen Rechtfertigung des leistungslosen Gewinns hat. Bereits 1934 hatte der Ökonom O. Conrad dies einprägsam kritisiert: „Ohne Violine kann man nicht geigen. Wer würde daraus schließen wollen, dass nicht nur der Geiger, sondern auch die Geige geigt, dass beide gemeinsam Violine spielen? Gewiss niemand. Die Violine ist eben Musikinstrument und nicht Musikant, ebenso wie Kapital und Boden Produktionsmittel und nicht Produzenten sind.“ Insofern krankt die gesamte neoklassische Grenzproduktivitätstheorie an einer fehlenden makroökonomischen Theorie über den Ursprung des Wertes. Völlig ausgeblendet bleibt, dass Rente und Gewinn nicht auf Leistung beruhen, sondern Folge von Machtpositionen sind, seien sie nun physischer oder rechtlicher Natur.

Dies wird deutlich, wenn man die „Gewinnrealisierung am Markt“ genauer untersucht. Theoretisch - d.h. in einer vollständig funktionierenden Marktsituation - gibt es keinen Gewinn, es herrscht eine „Nullgewinnsituation“. Wenn Gewinn dennoch dauerhaft entsteht, liegt Marktmacht vor, die es den Anbietern ermöglicht, Preise und Mengen so zu wählen, dass ein Gewinn über den Kosten dauerhaft realisiert werden kann. Auf diesen Zustand mussten sich nicht nur Regierungen, sondern auch die Gewerkschaften einstellen. Wenn sich Unternehmen dauerhaft Gewinne sichern können, Gewinn aber nichts anderes als ein Entzug von Reallohn darstellt, muss über eine Rückverteilung gewissermaßen in der zweiten Linie nachgedacht werden. Hier liegt der Grundgedanke von Gewinnbeteiligungsmodellen. „Erst durch eine marktwirtschaftliche Pervertierung wird eine Gewinnbeteiligung in Arbeitnehmerhand nicht nur möglich, sondern ist auch zwischen Kapital und Arbeit verteilungsgerecht gefordert“, stellen die Autoren fest. Der Kern der Gewinnbeteiligung ist also nicht, den Gewinnempfängern etwas wegzunehmen, sondern den Beschäftigten etwas zurückzugeben, was sie durch ihre Arbeit geschaffen haben.

Nach dieser Klarstellung untersuchen die Autoren unterschiedliche Facetten von Beteiligungssystemen und zeigen die damit verbundenen Problempunkte auf. Dabei stehen folgende Grundsatzfragen im Mittelpunkt: „Welcher grundsätzliche Gewinnbegriff soll als Ausgangsbasis angewandt werden? Wie soll der verteilungsfähige Gewinn ermittelt werden? Wie erfolgt die Verteilung des Gewinns auf Kapital und Arbeit? Wie wird die Verteilung des Gewinns auf die einzelnen Mitarbeiter vorgenommen?“

Bontrup und Springob zeigen, dass die Beschäftigten am gesamten Unternehmensgewinn zu beteiligen sind. Allen Versuchen, den zu verteilenden Gewinn kleinzurechnen (Betriebsgewinn, „neutraler Gewinn“, „ökonomischer Gewinn“) entziehen die Autoren in überzeugender und detaillierter Weise die argumentative Grundlage. Ebenso den Versuchen, eine Gewinnbeteiligung mit dem Hinweis ganz abzulehnen, dass die Beschäftigten sich dann auch an den Verlusten beteiligen müssten. Hierzu stellen Bontrup/Springob klar: „Die Mitarbeiter erwerben dadurch (durch ein Gewinnbeteiligungsmodell, N.R.) weder Eigenkapital noch haben sie einen Rechtsanspruch auf Teilnahme an der unternehmerischen Willensbildung. Es ist somit völlig paradox von Verlustbeteiligung der Arbeitnehmer zu reden, ohne dass sie eigenkapitalmäßig und geschäftsführend am Unternehmen beteiligt sind“.

Im folgenden wechseln die Autoren wieder von der mikroökonomischen Perspektive zurück zur makroökonomischen. Die Frage wird gestellt, was mit nicht in Arbeitnehmerhand umverteilten Gewinnen geschehen muss, damit es nicht zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten, also Unterauslastung der Kapazitäten und Arbeitslosigkeit kommt. Unter Rückgriff auf Keynes, Kaldor und Kalecki wird gezeigt, dass die jeweilige Einkommensverteilung eine bestimmte Investitionshöhe zur Aufrechterhaltung einer gleichgewichtigen Entwicklung erfordert, diese jedoch mit wachsender Verteilungsungleichheit immer unwahrscheinlicher wird. Statt bei steigender Gewinnquote (und sinkender Lohnquote) immer mehr zu investieren, werden die Investoren wegen schlechter Absatzaussichten immer zurückhaltender. Es entsteht eine wachsende „deflatorische Lücke“ zwischen möglicher und tatsächlicher Produktion. Damit kommt der Staat ins Spiel: Will er Wachstum und Beschäftigung auf einem hohen Niveau halten und eine „End-

nachfragelücke“ verhindern, muss er immer größere Summen an gesamtwirtschaftlicher Ersparnis absorbieren. Auf diese Weise wird er gewissermaßen systemimmanent zum Schuldner des privaten Sektors. „Staatsverschuldung ist insofern ein parteiübergreifendes Phänomen und nicht das Ergebnis einer „falschen Politik“, sondern einer „falschen Ökonomie“. Derartige Grundkenntnisse über Systemzusammenhänge und Verschuldungsursachen zeigen einmal mehr, dass die Diskussion über die Ursachen der heutigen Staatsverschuldung wesentliche Probleme außer Acht lässt. Aus der Systemperspektive gesehen ist der Ansatz, der Staatsverschuldung mittels immer neuer staatlicher Sparrunden beizukommen, nicht nur völlig ungeeignet, sondern sogar kontraproduktiv.

Der letzte große Teil des Buchs ist der Diskussion verschiedener Formen der Gewinn- und Kapitalbeteiligung und ihrer Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung sowie auf die Lösung des drängenden Problems der Alterssicherung gewidmet. Die Ergebnisse zeigen, dass Beteiligungsmodelle grundlegende Probleme der kapitalistischen Entwicklung nicht lösen können: die sinkende Lohn- und die entsprechend steigende Gewinnquote. Auch der Versuch, die Finanzierung der Alterssicherung über Gewinn- und Kapitalbeteiligungen lösen zu wollen, wirkt letztlich kontraproduktiv. Derartige „moderne“ Lösungsstrategien sind entgegen aller Beteuerungen von „Experten“ und Politikern ungeeignet, Probleme der Gegenwart wie der Zukunft zu meistern.

Der große Wert der Monographie von Bontrup und Springob liegt in der Verknüpfung von mikroökonomischen (betriebswirtschaftlichen) und makroökonomischen (volkswirtschaftlichen) Erkenntnissen. Da die Autoren drängende gesellschaftliche Probleme und ihre propagierten Lösungen derart komplex erörtern, erhält der Leser einen klareren Blick auf die Verhältnisse. Vermeintliche Lösungen entpuppen sich schnell als Scheinlösungen, die ihren Charme nur dadurch erhalten, dass gesamtwirtschaftliche Probleme und Entwicklungen ausgeklammert bleiben.

Letztlich ist das Buch ein Plädoyer dafür, die Probleme der Gegenwart wesentlich grundsätzlicher zu diskutieren. Es zeigt, dass gegenwärtige krisenhafte Zuspitzungen ihre tieferen Ursachen in der Verteilung der erwirtschafteten Werte zwischen Besitz- und Arbeitseinkommen haben. Damit wird die Verfallszeit von wirtschaftspoli-

tischen Strategien, die keinen Beitrag zur Lösung der zunehmend disparaten Einkommens- und Vermögensentwicklung leisten, immer kürzer.

*Norbert Reuter,
Berlin*

Martin Friedenberger/Klaus-Dieter Gössel/Eberhard Schönknecht (Hrsg.), Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumente (Veröffentlichungen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Bd. 1), Edition Temmen, Bremen 2002, 287 S., 19,90 €.

Seit ihrer Eröffnung vor elf Jahren arbeitet die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin eng mit verschiedenen Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Bildungsträgern zusammen. Bereits im ersten Jahr wurde ein Kooperationsprogramm mit der ÖTV und ihrem, wenige Minuten von der Gedenkstätte entfernt gelegenen Bildungs- und Begegnungszentrum begonnen. Daraus gingen berufs- und ausbildungsbezogene historisch-politische Studientage hervor, die sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Institutionen des öffentlichen Dienstes, z.B. der Justiz, der Kommunalverwaltung, der Gesundheits- und Sozialbehörden richten. Im Rahmen dieses sehr erfolgreichen, in einer Gedenkstätte für die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen wohl einmaligen Seminartyps beschäftigen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anhand von historischen Dokumenten und Fachzeitschriften mit der Frage, wie Angehörige ihrer Berufsgruppe damals arbeitsteilig an der Vorbereitung und Durchführung der „Endlösung der Judenfrage“ mitgewirkt haben. Dabei entstanden umfangreiche Dokumentationen, die als Arbeitsgrundlagen der Seminare dienen. Jetzt hat sich die Pädagogische Abteilung im Haus der Wannsee-Konferenz entschlossen, einige dieser Materialien zu publizieren und so für die Bildungsarbeit, aber auch für die Forschung und die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Der erste Band der neuen Schriftenreihe ist der Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus gewidmet. Er umfasst über hundert historische Dokumente aus Archiven und privaten Nachlässen, Artikel aus dem Verbandsorgan „Steuer-

Warte“ und zahlreiche Fotografien und Faksimiles. Die Dokumentation ist thematisch gegliedert, jedem Abschnitt ist eine kurze Einleitung vorangestellt. Der Historiker und Finanzbeamte Martin Friedenberger beschreibt die Rolle der Reichsfinanzverwaltung bei der Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung der deutschen Juden. Mit bürokratischer Effizienz beteiligten sich die Finanzämter am Raub jüdischen Eigentums und organisierten die Einziehung des Vermögens deportierter Juden. Die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes in steuerlichen Angelegenheiten der Juden schildert Johann Heinrich Kumpf, Ministerialrat im Bundesfinanzministerium. Klaus-Dieter Gössel, stellvertretender Vorsitzender der Fachkommission Steuerverwaltung im ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg, beschäftigt sich mit dem Beamtentum im Nationalsozialismus. Der Deutsche Beamtenbund, dem auch die Vereinigung der Finanzbeamten angehörte, habe noch in der Weimarer Republik vor einer nationalsozialistischen Diktatur gewarnt, bot aber 1933 seine Mitarbeit an und unterstellte sich der Führung der NSDAP und ihrer „Beamtenabteilungen“. Viele Beamte hatten schon vor der Machtübernahme die Republik abgelehnt und sich mehr und mehr der NSDAP zugewandt. Gleichwohl verloren sie nun ihre unabhängigen Berufsverbände und Interessenvertretungen. Am 20. Mai 1933 - nachdem die Gewerkschaftshäuser bereits besetzt und die freien Gewerkschaften zerschlagen waren - wurden die Beamtenvertretungen aufgehoben, im Oktober der Reichsbund Deutscher Beamter geschaffen, dessen Fachschaft 3 „Reichssteuerverwaltung“ die Zeitschrift „Steuer-Warte“ jetzt als Parteiorgan herausgab. 1937 wurden die Beamtenvereine auch förmlich aufgelöst. Eingaben und Anträge von Beamten über Besoldung, Einstufung und Laufbahn wurden ebenso verboten wie Kritik an Vorgesetzten, Gehaltskürzungen aus der Zeit der Wirtschaftskrise entgegen den Wahlversprechen der NSDAP nicht zurück genommen. Wie sich die Ausbildung in der Reichsfinanzverwaltung von 1933 bis 1945 veränderte, zeigt Eberhard Schönknecht, Finanzbeamter im Ruhestand. 1935 wurde der Grundstein zur Reichsfinanzschule in Herrsching am Ammersee gelegt, weitere Schulen folgten. Die Ausbildung für die einzelnen Laufbahnen wurde neu strukturiert, mit dem „Jungmann“ ein neuer Ausbildungsgang für den gehobenen mittleren Dienst geschaffen. Diese Jungmänner

mussten der Hitler-Jugend angehören. Entsprechend umfassten die Lehrgänge auch HJ-Dienst und Sport. Der Autor geht auch auf die Nachwirkungen dieser zentralisierten und politisierten Ausbildung ein. Erst die Einführung des Studiums an Beamtenfachhochschulen habe seit Mitte der 1970er-Jahre eine spürbare Liberalisierung der Ausbildung mit sich gebracht. Diese Aussagen unterstreicht ein ergänzender Bericht, in dem Schönknecht als Zeitzeuge das Finanzamt der Nachkriegszeit in Berlin schildert.

Fünf prägnante biographische Skizzen über hochrangige Finanzbeamte runden den Band ab. Hans-Peter Woitkowski schildert den Karriereweg von Lutz Graf Schwerin von Krosigk, der als Fachbeamter bereits 1932 von Franz von Papen zum Reichsfinanzminister berufen wurde - ein Amt, das er bis zur Kapitulation 1945 ausübte. Andreas Schöpf beschäftigt sich mit Fritz Reinhardt, der zunächst als Kaufmann in Herrsching eine „Fernhandelsschule“ eingerichtet hatte und bereits früh der NSDAP beigetreten war. Hitler selbst sorgte dafür, dass der Nationalsozialist Reinhardt 1933 als Staatssekretär ins Ministerium eingebaut wurde, wo er als „starker Mann“ unter anderem für die „fiskalische Verfolgung und Ausplünderung der Juden durch die Finanzverwaltung“ verantwortlich war. Martin Friedenberger beschreibt Walter Blümich, den Leiter des Einkommenssteuerreferates im Reichsfinanzministerium, und Kurt Schilde stellt Oberregierungsrat Josef Oermann vor, der 1941 den juristischen Kommentar zu einer als „Sozialausgleichsabgabe“ getarnten Zwangssteuer für Juden lieferte. Im Kontrast beschreibt Andreas Schöpf, wie der angesehene Steuerrechtler Rolf Grabower nach 1933 als „Dreivierteljude“ aus der Finanzverwaltung verdrängt und 1942 nach Theresienstadt deportiert wurde. Eine Zeittafel beschließt den Band. Nach dieser gelungenen Quellenedition kann man mit Spannung weitere Bände der Schriftenreihe erwarten.

*Gideon Botsch,
Berlin*

Hannelore Fritz, Besser leben mit Work-Life-Balance. Wie Sie Karriere, Freizeit und Familie in Einklang bringen, Eichborn Verlag, Frankfurt/M. 2003, 208 S., 19,90 €.

„Work-Life-Balance“ ist ein neomodischer Begriff für ein nicht ganz so neues Problem: Privatleben und Arbeit in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Allerdings, so die Gesellschaftswissenschaftler, sei ein solches Gleichgewicht heute vor dem Hintergrund zunehmender Veränderungen in Familie und Beruf immer schwerer zu erreichen. Die traditionelle Familienform gehört heute weitgehend der Vergangenheit an. In ihr ging ein Partner, in der Regel der Mann, einer ganztägigen Erwerbsarbeit nach, und der andere Partner, in der Regel die Frau, ging allenfalls einer erwerbstätigen Teilzeitbeschäftigung nach und stand somit den größten Teil des Tages den übrigen Familienmitgliedern zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse zur Verfügung. Aber auch die Berufswelt verändert sich rapide. Stichworte wie Flexibilisierung der Arbeitszeiten und berufliche Mobilität weisen auf eine höhere Anpassungsbereitschaft an die Arbeitswelt und auf die Vernachlässigung der individuellen und familiären Wünsche und Vorstellungen hin.

Soziologinnen und Soziologen bezeichnen diese Veränderungen mit dem Begriff Entgrenzung. Hiermit soll nicht ein grenzenloser sozialer Wandel beschrieben werden, sondern vielmehr wird darauf verwiesen, dass alte Grenzen heute an Bedeutung verlieren und neue noch nicht genau erkennbar sind. Die sozialwissenschaftliche Forschung hat sich zur Aufgabe gestellt, die Auswirkungen der Veränderungen in Familie und Beruf und die sich hieraus - auch aus ihren Wechselwirkungen - ergebenden Konsequenzen für die Familie näher zu untersuchen. Wenn es weiterhin in unserer Gesellschaft als wichtig angesehen werde, Familie als Ganzes leben zu können, dann sei ein Kernbestand an verlässlichen Familienzeiten unabdingbar. Um dieses zu erreichen, sei seitens der Familienmitglieder ein hoher Organisations- und Abstimmungsbedarf erforderlich, und an die Politik und die Tarifparteien wird die Forderung gerichtet, ihren spezifischen diesbezüglichen Gestaltungsmöglichkeiten nachzukommen.

Diese Vorbemerkungen zu dem Buch „Besser leben mit Work-Life-Balance“ sollen dazu beitragen, die spezielle, kritisch könnte man auch sa-

gen, eingegrenzte Sichtweise von Hannelore Fritz zu verdeutlichen. Während die soziologische Forschung die Veränderungen in Familie und Beruf analysiert, deren Auswirkungen und gesellschaftspolitische Handlungsperspektiven aufzeigt, geht Fritz nicht auf diese Bereiche ein, sondern sie spricht ihre Leserinnen und Leser direkt an und lässt alle gesellschaftlichen Entwicklungen weitgehend unberücksichtigt.

Bereits im Vorwort verkündet sie ihre gute Nachricht: „Wir können tatsächlich eine Balance der verschiedenen Lebensbereiche schaffen. Wenn wir herausfinden, was wir wirklich wollen und was uns gut tut, und danach unser Leben planen. Wir müssen uns klare Ziele stecken und dürfen nicht nur träumen“. Die als selbständige Trainerin und Beraterin (u.a. für die Dresdner Bank, BMW und Otto Versand) tätige Autorin will mit ihrem Ratgeber einen Weg weisen „für ein bewusstes Leben, für ein Leben in Harmonie, Gesundheit, geistiger und körperlicher Fitness“. Ihr Ausgangspunkt ist, dass die Leserinnen und Leser sich über ihre momentane Lebenssituation Klarheit verschaffen mögen und dann entscheiden, was sie ändern möchten. Wollen sie mehr für ihre Gesundheit tun, mehr Zeit mit Familie und Freunden verbringen, öfter eine kulturelle Veranstaltung besuchen oder bei der Arbeit weniger Zeitdruck verspüren? Sobald man seine Wünsche klar definiert hat, so die Unternehmensberaterin, soll man damit beginnen, mit Hilfe des Buches einen Plan zu erstellen. Persönliche Interessen sollten dabei bewusst nicht hinter andere Dinge zurücktreten. Grundlegend sei, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden.

Fritz betont in ihrem Ratgeber, dass es wichtig ist, sich sowohl im privaten als auch beruflichen Bereich realistische Ziele zu setzen, die einen nicht unter Druck setzen. Mit ein bisschen Organisation lasse sich alles, was einem wichtig sei, in den Alltag integrieren. Wie man dabei am besten vorgehen soll, erläutert die Autorin anhand von Beispielen aus der Praxis, Checklisten und Übungen. Schritt für Schritt will sie ihre Leserschaft anleiten, ihr Leben mehr auf eigene Bedürfnisse einzurichten, anstatt sich von Anforderungen von Außen erdrücken zu lassen.

Durchgängig fordert Fritz zum positiven Denken auf und verbreitet Hoffnung, wenn sie feststellt, dass jeder eine Chance hat, über seinen eigenen Schatten zu springen. Der wirkliche Grund für Unzufriedenheit und mangelnden Er-

folg „ist oftmals nicht Zeit oder Geld, sondern die mangelnde Entscheidungsfähigkeit des Einzelnen“. Ihr Hinweis, dass der Tag für jeden von uns 24 Stunden umfasse, und dass jeder, wenn er etwas für wirklich wichtig erachtet, dann auch die Zeit dafür finde, verkennt jedoch, dass bei entsprechendem Einkommen durchaus Zeitspareffekte in Form von technischer Unterstützung, Haushaltshilfen oder Unterstützungsleistungen bei der Kinderbetreuung „eingekauft“ werden können. Die Ressource Zeit ist keineswegs ein allen Menschen in demokratischer Weise zustehendes Gut, sondern die Verfügung über Zeit und der Umgang mit Zeit zeigen vielfältige Formen sozialer Ungleichheit auf.

Es sind die unkritischen und vereinfachenden Aussagen und Behauptungen, die den Rezensenten auf der einen Seite zu der Frage drängen, ob diese Art von Ratgeberliteratur aufgrund ihrer schönfärbischen Grundhaltung, ihrer blumigen Sprache („Seien Sie ihr eigener Landschaftsgärtner“) und der Anhäufung von trivialen Ratschlägen („Essen Sie nicht zu viele Süßigkeiten“) nicht grundsätzlich abzulehnen sei. Andererseits trifft aber auch zu, was „Der Spiegel“ Ende 2002 über die die Bestsellerlisten stürmenden Glücksbücher und die Ratgeber- und Lebenshilfeleratur schrieb: „Es gibt viele, die das für Bluff und Unsinn halten. Es gibt noch viel mehr, die sich gern helfen lassen.“

Und so muss jeder Einzelne für sich entscheiden, ob er seine „Work-Life-Balance“ durch die Lektüre von entsprechenden Ratgebern anstrebt - und der Band von Fritz gehört hier sicherlich zu den besseren - oder ob dazu nicht eher ausführliche und ernsthafte Gespräche mit dem Partner, Freunden, Arbeitskollegen und Vorgesetzten sowie auch eine Auseinandersetzung mit den auf uns einwirkenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erforderlich sind.

*Ludwig Heuwinkel,
Bielefeld*

Arlie Russell Hochschild, Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet, Leske + Budrich, Opladen 2002, 305 S., 18,00 €.

Aktuelle Forderungen nach Zeitwohlstand, Zeitsouveränität, flexiblen Arbeitszeiten und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie das von der Soziologie und den Medien entworfene Leitbild der „neuen Väter“ müssten eigentlich vermuten lassen, dass sich die Berufstätigen, und zwar sowohl Frauen als auch Männer, um familienfreundliche Arbeitszeiten bemühen. Familie und Freizeit müssten erwartungsgemäß als stressfreie und der Erholung dienende Bereiche gelten, die gegen betriebliche Interessen nach Überstunden und längeren Arbeitszeiten vehement verteidigt werden. Doch die amerikanische Soziologie-Professorin Arlie Russell Hochschild kommt in ihrer Studie zum Thema „Work-Life-Balance“ oder zu Deutsch: Die Balance von Arbeit und Leben, zu einem überraschenden Ergebnis: Nur wenige Beschäftigte nutzen das Angebot zur Reduzierung ihrer wöchentlichen Arbeitszeit und - für die Autorin noch erstaunlicher - die meisten Beschäftigten fühlen sich an ihrem Arbeitsplatz wohler als zu Hause.

Zu diesem Ergebnis ist Hochschild in einem Unternehmen im Mittleren Westen der USA gekommen, in dem sie 130 Beschäftigte auf allen betrieblichen Hierarchieebenen interviewte. Zusätzlich hat sie diverse Unterlagen dieses Unternehmens, das für sein „Work-Life-Balance-Konzept“ bekannt war, durchgearbeitet, um die besonderen Bedingungen eines Unternehmens empirisch zu erforschen, das vermeintlich eine vorbildliche Lösung für die oft widerstreitenden Anforderungen von Arbeitswelt und Familienleben gefunden haben sollte. Doch das Ergebnis ihrer Untersuchungen ist ernüchternd, wie der Buchtitel „Keine Zeit“ zum Ausdruck bringen soll.

Die Beschäftigten fühlen sich vom „Magnet Arbeit“ angezogen, und die zahlreichen Überstunden und Doppelschichten sind keineswegs nur auf den Druck von Vorgesetzten oder auf finanzielle Aspekte zurück zu führen. Viele der abhängig Beschäftigten arbeiten freiwillig länger, um der „zweiten Schicht“, gemeint ist die Arbeit zu Hause, möglichst lange auszuweichen. Hochschild beschreibt, dass für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens die

„neue gemanagte Unternehmenskultur“ oftmals zu einem „Gefühl von Wertschätzung“ führt, da ihre Kompetenzen - anders als häufig in der Familie - positiv gewürdigt würden. Zudem bietet Amerco, so nennt die Verfasserin aus Anonymitätsgründen das Unternehmen, seinen Beschäftigten sportliche Aktivitäten und Kurse zu unterschiedlichen Themen an, welche auch von privatem Nutzen sein können. Dagegen wird das Zuhause von vielen Interviewpersonen als belastend empfunden. Die Väter entziehen sich, so die Autorin, der Erziehungsarbeit und sehen ihren Angelausflug oder den Besuch von Sportveranstaltungen am Wochenende als verdienten Ausgleich für ihre harte und lange Arbeit bei Amerco.

Diese den traditionellen Geschlechterrollen entsprechenden Ergebnisse sind nicht neu; in soziologischen Untersuchungen wird seit langem betont, dass es bei vielen Männern zwar eine hohe verbale Bereitschaft zur partnerschaftlichen Haus- und Erziehungsarbeit gäbe, dass diese verbale Bereitschaft jedoch in einem auffälligen Kontrast zu ihrer tatsächlichen Verhaltensstarrheit stehe. Als überraschend stellt Hochschild dagegen ihre aus den Interviews gewonnene Erkenntnis dar, „dass auch immer mehr erwerbstätige Frauen ungern mehr Zeit zu Hause verbringen wollen. Sie sind hin und her gerissen, haben Schuldgefühle und leiden unter dem Stress ihrer langen Arbeitszeiten; aber sie sind ambivalent, wenn es darum geht, diese Arbeitszeiten zu verkürzen.“ Denn kürzere Arbeitszeiten bedeuten, zu Hause die Erwartungen der Kinder und des Ehemannes oder Partners erfüllen zu müssen. Das Essen muss gekocht werden, die Hausarbeiten sollen kontrolliert werden, Arzttermine sind zu absolvieren und zusätzlich müssen die Freizeitaktivitäten aller Familienmitglieder koordiniert werden. Und auch das nachbarliche Umfeld hat nach Auffassung der Autorin aufgrund wachsender Mobilität und immer längerer Arbeitszeiten an Attraktivität verloren.

Die Verfasserin geht ausführlich auf die Folgen für die Kinder ein, die sie als die eigentlichen Verlierer des Geschlechterkrieges um die Zeit bezeichnet. Sie verweist auch auf die langen Betreuungszeiten für die Kinder bei Verwandten und in Kindergärten, die auch von den Müttern oft als zu lang eingeschätzt werden. Kritisch setzt sie sich ferner mit der in den USA verbreiteten Ratgeberliteratur auseinander, welche Eltern Tipps gibt, wie sie ihre kleinen Kinder darauf vorbereiten, allein zu Hause zu bleiben.

Nach Hochschild haben die Amerco-Eltern drei Strategien entwickelt, um sich um die Zeitfalle herum zu manövrieren und auf diese Weise eine Auseinandersetzung mit ihr zu vermeiden. Manche Eltern entwickelten Vorstellungen, die den Zeitaufwand verringerten, den ein Kind, ein Partner oder sie selbst „wirklich brauchten“; die Autorin nennt diese Gefühlsaskese eine „Strategie der Bedürfnisreduzierung“. Andere Eltern kauften Zeit sparende Güter (z.B. Fertiggerichte) und Dienstleistungen (z.B. Babysitter), sie griffen, so Hochschild, für immer größere Teile des familiären Produktionsprozesses zum Outsourcing. „Und schließlich spalteten sich manche Eltern auf in ein reales und in ein potenzielles Ich. ... Oft hatte das reale Ich wenig Zeit, sich um häusliche Belange zu kümmern, während das potenzielle Ich grenzenlos verfügbar war.“

Die Mitherausgeberin Mechthild Oechsle verweist in ihrem Vorwort zur deutschen Ausgabe jedoch zu recht darauf, dass Hochschild ihr Ergebnisse nicht als Argumentationshilfe für ein überkommenes Familienbild verstanden wissen möchte. „An dieser Stelle Hochschild misszuverstehen, wäre bedauerlich. Sicher, sie argumentiert auch moralisch und politisch und sie fragt nach den Kosten dieses Arbeitszeitregimes für das Familienleben und vor allem für die Kinder. Aber nichts liegt ihr ferner, als diese Kosten auf das Konto der Erwerbsbeteiligung von Frauen zu verbuchen.“ Vielmehr beschreibt die amerikanische Soziologin in ihrem Abschlusskapitel Ziele und Akteure einer neuen Zeitbewegung und sie betont die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Regulierung von Arbeitszeit. Sie geht zwar kurz auf Bewegungen wie „Einfacher Leben“ und „Zurück aufs Land“ ein, allerdings sieht sie hierin keine gesamtgesellschaftliche Lösungsmöglichkeit. Vielmehr sieht sie es als eine grundsätzliche Aufgabe der neuen Zeitbewegung an, die Geschlechterfrage zu klären. „Eine Zeitbewegung müsste uns alle wieder zu der Frage zurückbringen, wie Frauen und Männer einander ebenbürtig werden können in einer stärker kindorientierten und mit mehr Bürgersinn ausgestatteten Gesellschaft.“

Die empirische Studie mit ihren zahlreichen Zitaten aus den persönlichen Interviews von Hochschild vermittelt einen intensiven und nachhaltigen Einblick in die verschiedenen Problemebenen, die mit dem „Work-Life-Balance-Konzept“ verbunden sind. Da die Autorin in ihrer durchgängig verständlich geschriebenen For-

schungsarbeit auch wiederholt repräsentative amerikanische Untersuchungen zum Vergleich heranzieht, erhält der Leser auch über den Einzelfall hinaus gehende statistische Informationen. Irritierend für den deutschen Leser sind einzelne Vergleiche zwischen den USA und Deutschland, bei denen der Eindruck entsteht, dass es in Deutschland eine heile Arbeitswelt mit kurzen Arbeitstagen und vielen Urlaubstagen gäbe. Hieran nimmt Mechthild Oechsle in ihrem Vorwort mit einigen aktuellen statistischen Angaben eine vorsichtige Korrektur vor, wobei sie auch auf deutliche Unterschiede der familialen Erwerbsmuster und der ungleichen Erwerbsintegration von Frauen in den beiden Ländern hinweist.

*Ludwig Heuwinkel,
Bielefeld*

Andreas Hoff, Vertrauensarbeitszeit: einfach flexibel arbeiten, Verlag Gabler, Wiesbaden 2002, 199 S., 37 €.

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“ Dieser viel und gern zitierte Ausspruch von Lenin verliert in einer Zeit beschleunigten gesellschaftlichen Wandels offensichtlich seine bisher als unerschütterlich angesehen Gültigkeit. Denn die Vorstellung einer Befehls- und Kommandowirtschaft mit direkter Kontrolle über die Beschäftigten gehört bei vielen Führungskräften der Vergangenheit an. Das aktuelle Schlagwort in der Diskussion über die Gestaltung neuer Arbeitszeitmodelle heißt seit einigen Jahren „Vertrauensarbeitszeit“ (VAZ). Auch wenn es sich bei dieser neuen Arbeitszeitphilosophie um ein weiteres Modell flexibler Arbeitszeiten handelt, so unterscheidet sich die VAZ doch in einem wesentlichen Punkt von allen anderen flexiblen Arbeitszeitkonzepten: Der Arbeitgeber verzichtet bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf die Kontrolle der Arbeitszeit. Stattdessen werden Zielvereinbarungen über bestimmte Arbeitsvorhaben und Projekte vorgegeben (= indirekte Kontrolle), welche die Beschäftigten - entweder einzeln oder in Gruppen - erfüllen sollen. Wann, wo und wie die Arbeit erledigt wird, bleibt diesen selbst überlassen. Auf der Arbeitnehmerseite sehen die Befürworter dieser neuen Managementmethode den Vorteil zunehmen-

der Zeitsouveränität und Zeitautonomie; Kritiker betonen die Gefahr des „Arbeitens ohne Ende“, was letztlich einer unbezahlten Mehrarbeit gleichkommt.

Andreas Hoff - nach eigenen Angaben -, erster deutscher Arbeitszeitberater und im Jahr 1983 Mitbegründer der Arbeitszeitberatung Dr. Hoff, Weidinger und Herrmann in Berlin, hat seine Erfahrungen aus zahlreichen Beratungsprojekten mit der Entwicklung von VAZ jetzt in Buchform vorgelegt. Der Autor geht zunächst davon aus, dass eine flexible Arbeitszeitgestaltung - und die VAZ ist für ihn deren innovativste Form - die notwendige Voraussetzung für die Verbesserung von Kundenorientierung, Wirtschaftlichkeit und Mitarbeiterorientierung ist. „Flexible Arbeitszeitgestaltung ist insoweit eine völlig unverzichtbare betriebliche Rahmenbedingung für das Arbeiten in immer schnelleren Märkten und daher auch in den Zukunftsbranchen besonders stark verbreitet.“

Im ersten Kapitel grenzt Andreas Hoff die VAZ von anderen Arbeitszeitsystemen ab. In den beiden folgenden Kapiteln geht er darauf ein, für welche Arbeitnehmer(gruppen) VAZ geeignet ist und aus welchen Gründen sie eingeführt werden sollte. Im fünften und sechsten Kapitel zeigt der Verfasser auf, was bei der Umsetzung der VAZ zwingend geregelt sein muss und welche Optionen in einer Vereinbarung stehen können. Es folgen konkrete Hinweise, wie VAZ in Betrieben implementiert werden kann und anschließend werden eine Reihe häufig gestellter Fragen beantwortet. Im Anhang werden die wichtigsten Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes sowie weiterführende Veröffentlichungen vorgestellt. Ein Schaubilder- und Stichwortverzeichnis schließen das Werk ab. Der durchgängig verständlich und praxisbezogen geschriebene Band wendet sich nach Angaben des Verlages an Organisations- und Unternehmensberater, Manager und Führungskräfte, Personalmanager und Mitglieder des Betriebsrats oder der Mitarbeitervertretung. Auch wenn deutlich wird, dass Hoff primär die Perspektive der Unternehmerseite einnimmt, so betont er jedoch wiederholt, dass die VAZ nur im Einverständnis und bei aktiver Einbeziehung der Arbeitnehmerseite umgesetzt werden sollte. Erkennbar ist die offensichtliche Sympathie des Autors für die VAZ; während die Zeiterfassung zum Lügen zwingt, könne die VAZ die Arbeitszeit stärker auf die richtigen Aufgaben lenken. Gleichwohl geht Hoff auch auf Schwierigkeiten,

Situationen und Personengruppen ein, für welche die VAZ (noch) nicht geeignet ist. Und er verschweigt auch nicht, dass nach seiner Erfahrung „Vertrauensarbeitszeit im Durchschnitt, d.h. nicht für jeden, Arbeitszeit verlängernd wirkt.“

Aufgrund seiner anschaulichen und abwägenden Darstellungsweise kann dieses Fachbuch sowohl Unternehmern, Managern und allen Beschäftigten, und hier insbesondere den Betriebsräten, die sich mit der Einführung von VAZ auseinandersetzen, als praxisnahe Arbeitshilfe empfohlen werden. Ob die Lektüre schließlich eher als Argumentationshilfe für oder gegen die VAZ herangezogen wird, hängt sicherlich jeweils vom Einzelfall sowie von den grundsätzlichen Interessen der jeweiligen Beschäftigtengruppe ab.

*Ludwig Heuwinkel,
Bielefeld*

Wolfgang Kessler, Weltbeben. Auswege aus der Globalisierungsfalle, Publik-Forum Verlag, Oberursel 2002, 240 S., 14 €.

Der Titel befremdet. Wer denkt bei „Weltbeben“ nicht unwillkürlich an die verheerenden Erdbeben der letzten Monate und assoziiert das lähmende Entsetzen, wenn Tote und Verletzte aus den Trümmern ausgebuddelt werden? Gleicht die Globalisierung einer solchen Naturkatastrophe, die - kaum vorhersehbar, geschweige denn zu verhindern - schicksalhaft über uns hereinbricht? Die ersten Kapitel in Kesslers Buch sind tatsächlich „erschütternd“, beschreiben sie doch die verhängnisvollen Auswirkungen der Globalisierung unter den Vorzeichen eines hemmungslosen Turbo- und Kasino-Kapitalismus. Der entwickelt sich bekanntlich - durch keinerlei ethischen Anspruch getrübt und politisch nicht gedämpft - immer mehr zu einem spalterischen System. Gnadenlos konfrontiert uns der Autor mit den Exzessen der entfesselten Kapitalmärkte und macht uns ungewollt, aber belegt durch eine Fülle nachprüfbarer Daten und Fakten, zu Zeugen dessen, wie sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertieft, die Umwelt zerstört wird und die Gewaltbereitschaft zunimmt. Horror-Szenarien, für die das neo-liberale Dogma verantwortlich zeichnet: die Ideologie des freien Welthandels und des damit verbundenen Rück-

zugs der Politik. Diesem Glaubenssatz huldigen nicht nur nationale Regierungen, sondern auch die internationalen Regulierungs-Instanzen wie der Internationale Währungsfonds IWF, die Weltbank und die Welthandelsorganisation WTO. Droht ein Super-GAU der Menschheitsgeschichte? Gerät der Atommeiler der globalen Wirtschaft außer Kontrolle?

Wolfgang Kessler, Ökonom und Publizist, Chefredakteur der kritisch-christlichen Zeitung „Publik-Forum“, geht es aber um mehr als nur um eine nackte Analyse. Der Untertitel seines Buches verrät seine wahre Absicht: „Auswege aus der Globalisierungsfalle“. Dabei gewinnt er der Globalisierung auch freundliche Seiten ab. Ist das nicht ein alter Menschheitstraum, kämpfen nicht Kirchen, Gewerkschaften und viele andere seit Jahrhunderten darum, dass zusammenwächst, was zusammengehört und endlich auch die ökonomische Kleinstaaterei ein Ende findet? Also muss Globalisierung politisch und ethisch ausgestaltet werden. Kesslers Vision: eine soziale, ökologische und demokratisch legitimierte Weltwirtschaft. Eine Utopie? Vielleicht, aber jetzt schon wächst weltweit das Unbehagen über das moderne Raubrittertum dieser Globalisierung. Und damit auch das Bewusstsein, dem Rad in die Speichen greifen zu müssen. Viele Maßnahmen deuten schon in die richtige Richtung: soziale und ökologische Reformen in Europa zum Beispiel, Entschuldungskampagnen und der wachsende politische Druck, eine neue Welt-Finanzpolitik zu entwickeln, die Spekulation zu besteuern, die Drittländer am Welthandel gerecht zu beteiligen, auf alternative Energien und Verkehrssysteme umzusteigen usw.

„Was kann ich denn tun?“ - so fragt Kessler zum Ende seines Buches und appelliert an uns alle als Wirtschaftsbürgerinnen und -bürger, über unser Verbraucherverhalten auf den Welthandel Einfluss zu nehmen. Bekanntlich beginnt der Tag für viele gleich mit dem ersten „Sündenfall“: man hat den „falschen“ Kaffee aufgebrüht, der den Erzeugern keine gerechten Preise garantiert. Womöglich trägt man auch unbesehen Klamotten am eigenen Leib, die Frauen und Kinder in Südostasien unter entsetzlichen Arbeitsbedingungen und zu Hungerlöhnen produzieren mussten. Vor allem aber: Wissen Sie, was Ihr Geld gerade treibt? Würde nur ein Teil des Geldvermögens in „Ethik-Fonds“ angelegt, so Kessler, „dann würde Ausbeutern, Waffenhändlern und Umweltzerstörern das Geld ausgehen...“

Das Buch erschlägt zunächst einmal durch die Fülle an Fakten, aber es macht Mut und nimmt Angst und Ohnmachtsgefühle, entwickelt es doch konkrete Strategien und Handlungsanleitungen. Und das zeichnet Kessler immer schon aus: Er versteht es, komplexe Zusammenhänge aus dem Kauderwelsch der Ökonomen herauszuschälen und einem Laien anschaulich und begreifbar zu machen - in einer sympathischen Sprache und appetitlich hergerichtet durch journalistische Darstellungsweise und viele konkrete Beispiele.

Würden sich weltweit die jungen Bewegungen, allen voran „attac“, mit den alten Streitrössern wie Gewerkschaften und Kirchen sowie den NROs zusammen tun, dann könnte Kesslers Forderung in Erfüllung gehen: „Die Globalisierung ist für den Menschen da und nicht umgekehrt....“

*Paul Schobel,
Stuttgart*

Helmut Lindemann, Die Arbeit des Publizisten. Essays, Kommentare und Erinnerungen von 1948 bis 1995, hrsg. von Klaus Bergmann. Mit einem Vorwort von Harry Pross, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2001, 295 S., 25,50 €.

Viele nennen sich so – Helmut Lindemann war ein Publizist. Beinahe 50 Jahre lang hat er in Büchern, in Zeitschriften- und Zeitungsbeiträgen, in Rundfunk und Fernsehen Zeitgeschichte beurteilt und analysiert, mit Kommentaren aktuelle Politik begleitet, in kundigen Veröffentlichungen historische Themen behandelt.

Der 1912 in Kiel geborene Lindemann hat sich selbst als einen „kritischen, unabhängigen und niemand verpflichteten Beobachter“ genannt. Das ist eine in der Lebenswirklichkeit äußerst selten anzutreffende Position - auf Lindemann traf sie zu.

Nach einem kurzen Zwischenspiel im kirchlichen Dienst in Westfalen, wo er eine besondere evangelische Akademie aufbauen wollte (und sich im Nachhinein glücklich schätzte, dass er trotz seines „alltäglichen Umgangs mit sechs evangelischen Landesbischöfen dem Christentum treu geblieben“ sei), siedelte er 1948 mit seiner großen Familie an den Bodensee um, wo er „das Paradies gefunden zu haben“ glaubte. Dort

hat er bis ins hohe Alter, er starb 1998, seine Arbeit „zwischen Schriftsteller und Politiker“ getan.

Lindemann hat zunächst, ähnlich wie Walter Dirks und Eugen Kogon, die restaurativen Tendenzen der Adenauer-Ära ins Auge gefasst, an der er nicht zuletzt bemängelt, sie habe „die Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer fürchterlichen Geschichte unter Hitler eher verhindert als gefördert.“ In einem Aufsatz für die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ fasst Lindemann so zusammen: „Restauration, Selbsttäuschung, Sicherheitsstreben (es war ... typisch, dass die SPD ... der Experimentierfeindlichkeit der CDU nichts Besseres entgegenzusetzen hatte als die Devise „Sicherheit für alle!“) – das Ganze überstrahlt von der Illusion, dass Wohlstand alles sei.“ In einem weiteren beruflichen Intermezzo hat Lindemann sich zu Beginn der 1960er-Jahre an praktischer Pädagogik - Bildung und Erziehung gehörten zu seinen vorrangigen Interessen - versucht: Er wurde Leiter des Landerziehungsheims Birklehof in Hinterzarten. Das Experiment scheiterte – wieso und warum, das lassen die Beiträge von Christian Petry und Henning Burk im vorliegenden Band erahnen.

„Deutschland braucht eine neue Politik.“ Mit diesem Satz beginnt Lindemanns wohl spektakulärster Aufsatz, den er 1964 in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ veröffentlichte. Mit größter Klarheit entwickelt er eine Einsicht, der die Politik sich damals verschloss: dass die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit „auf absehbare Zeit nicht zu erreichen“ sei. Daraus zog er durchaus folgerichtig den Schluss, dass die Antwort aus einem derartigen Befund die „*Koexistenz zweier deutscher Staaten*“ sein müsse und dass „die DDR mindestens faktisch anzuerkennen“ sei. Der Aufsatz löste ein politisches Beben aus und kostete den verantwortlichen Redakteur der GMH, Walter Fabian, beinahe das Amt. Es sollte noch einige Jahre dauern, bis die Einsichten Lindemanns die praktische Politik erreichten – unter dem Bundeskanzler Willy Brandt. Dieser zentrale Text, inzwischen eine „Quelle“, ist im vorliegenden, vom Herausgeber liebevoll und kenntnisreich komponierten Sammelband ebenso erhalten wie viele andere Aufsätze Lindemanns zu Themenkomplexen wie „Demokratische Erneuerung“, „Krieg und Frieden“, „Verantwortung für die Geschichte“.

Hinzu kommt ein aufschlussreicher autobiographischer Abriss, Aufsätze von „Mitstreitern

und Weggefährten“ sowie die lesenswerte Einführung des Nestors der deutschen Publizistik, Harry Pross. In gewohnter Deutlichkeit merkt er an, dass der „Mut zur Utopie“, deren Fehlen bei den politischen Parteien Lindemann 1966 bemängelt habe, heute ebenfalls nicht vorhanden sei.

Hans Jaquemar hat Lindemann in seiner Trauerrede 1998 folgendermaßen charakterisiert: „Helmut Lindemanns Größe, sein Wesen und seine Lebendigkeit sind von Widerspruch geprägt, zeigen sich im Paradoxen. Eine konservative Vaterfigur und ein progressiver politischer Mensch. Zeitlebens auf äußerer und innerer Wanderschaft und verbunden mit dem Bodenseeufer. Liberal und autoritär – auch als Christ. Von hohem und tiefem Geist und ein leibhaftiger Genießer.“ Man erkennt die Facetten dieses bedeutenden Publizisten in den vielfältigen Texten dieses Bandes, den ein Nachwort des Herausgebers Klaus Bergmann beschließt.

Rezensenten pflegen Bücher bestimmten Interessengruppen zu empfehlen – auf dies sei die politische Klasse hingewiesen, der es gelegentlich an historischer Nachdenklichkeit zu fehlen scheint. Vielleicht sollte die Lektüre bei dem Aufsatz „Gerechtigkeit: eine Kardinaltugend“ beginnen, in dem Lindemann den heiligen Ambrosius zitiert: „Gerechtigkeit gibt jedem das seine, maß sich nichts Fremdes an und setzt den eigenen Vorteil zurück, wo es gilt, das Ganze zu wahren“.

*Hans O. Hemmer,
Düsseldorf*

Stefan Riße, Manager außer Kontrolle. Wie Gier und Größenwahn unsere Wirtschaft ruinieren, Econ-Verlag, München 2003, 256 S., 20 €.

Gehörte es bisher zum schon vertrauten Repertoire interessierter Kreise aus Wirtschaft und Politik, der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften, Arbeitslose, Kranke, Rentner und die Bezieher von Sozialhilfe eingeschlossen, die Schuld an der Schwäche des Wirtschaftsstandortes Deutschland zuzuschieben, so hat sich seit geraumer Zeit der Wind ein wenig gedreht. Allerspätestens seit dem häufig kriminell verursachten Zusammenbruch der gern so genannten New Economy gelangen zumindest einige Beob-

achter zu dem Ergebnis, dass die Wirtschaftsschwäche Deutschlands von den Unternehmen, genauer von den ihnen vorstehenden und aufsichtsführenden Managern verschuldet wurde und wird. Zusammengefasst wird diese Kritik dann unter einem euphemistisch Wirtschafts-Ethik genannten Diskurs, während der Staatsanwalt das Feld der kriminellen Vergehen der Manager noch eher selten beackert.

Stefan Riße fühlt sich einer aufklärerischen Kritik absurder Unternehmensführung verpflichtet, ist man geneigt anzunehmen. Aus seinen Erfahrungen als Wirtschaftsjournalist schreibt er in lockerem, auch allzu lockerem Ton über das, was er für die gravierenden Verfehlungen des – vorwiegend deutschen – Managements hält. Und über Geld und Macht, Gier und Größenwahn gibt es bekanntlich viel zu berichten: über die verschiedensten Formen schamloser Selbstbereicherung der Manager und den „goldenen Handschlag“, über den Aufstieg von Versagern in Führungspositionen, über größenwahnsinnige Fusionen und Übernahmen, über den Manager als Medien-Star und als Bilanz-Betrüger und manches mehr.

Ganz ähnliche Auswüchse gelten für die Aufsichtsräte, deren eigentliche Aufgabe es sein sollte, die Aktionäre, als die Besitzer der Unternehmen, vor eben diesen Machenschaften durch die Kontrolle des operativen Managements zu schützen. Schließlich beschäftigt sich der Autor auch mit dem kriminellen Versagen der Wirtschaftsprüfer, mit Unternehmensberatern in ihrer Funktion als Ersatz- oder Über-Manager sowie den horrenden Fehlleistungen der Analysten bei der Bewertung von Aktien, den damit verbundenen Interessen der (Investment-)Banken und einigen anderen relevanten Aspekten, etwa den „Neoliberalismus-Journalisten“. In einer „Hitliste des Versagens“ schildert Riße dann einige der spektakulärsten Fälle, wobei den deutschen Großbanken, vor allem aber der Deutschen Telekom unter Ron Sommer die Paraderolle zufällt.

Diesen Who is who der Übeltäter zu konsumieren, ist ganz nett, weil es gut tut, in Erinnerung gerufen zu bekommen, was man über diese Weiße-Kragen-Täter schon längst wieder vergessen hatte. Mehr bietet die Schrift allerdings nicht. Alles was Riße schreibt, ist selbst von der Publikumspresse seinerzeit lang und breit abgehandelt worden. Es ist sicher wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass das Verhalten der

Manager nicht nur viel Geld der Anleger vernichtet, Arbeitsplätze zerstört, private und gesellschaftliche Armut verursacht und dadurch die ganze Wirtschafts-Gesellschaft nachhaltig und tiefgreifend gestört hat. Doch hinreichend ist das nicht, weil bloß einzelne Tatbestände aufgelistet werden. Erklärungen, gar Zusammenhänge für das (Fehl-)Verhalten der Manager, die in einem wirtschaftspolitisch wie auch -ideologisch verortbaren Rahmen agieren, fehlen vollständig - gerade so, als ob die durch die neoliberale Globalisierung provozierten Kontexte nicht existierten, in denen dieses „unethische“ Verhalten seine bizarren Blüten treiben kann. An seiner „Acht-Punkte-Agenda“, die die aufgelisteten Probleme nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ lösen soll, wird dieser Mangel überaus deutlich.

Mir ist noch kein Sachbuch in die Hände gekommen, das sich zutraute, auf jegliche Literatur(hinweise) zu verzichten; insoweit ist Riße mit seiner Arbeit ein - hoffentlich einsamer - Vorreiter. Im Buch wird dieses Manko deutlich spürbar. Der Autor formuliert häufig so schwammig, dass nicht zu verstehen ist, ob er etwas sagen will. Aber vielleicht ist diese Vagheit nicht nur intellektuelle Schlamperie, sondern soll auch den Betroffenen denkbare Sanktionen gegen Autor und Verlag erschweren. Gleichwohl, mit Gewinn zu lesen ist das Buch deshalb und wegen manch anderer Gebrechen nicht, die wohl daher rühren, dass wieder einmal kein Lektor einen Blick zwischen die Einband-Deckel geworfen hat.

*Bernd M. Malunat,
München*

Meinhard Stark, Frauen im Gulag. Alltag und Überleben 1936 bis 1956, Carl Hanser Verlag, München 2003, 568 S., 32,90 €.

„Nora Pfeffer schob man in eine Zelle, die von drückendem Dunst und ohrenbetäubendem Geschrei erfüllt war. Gleich neben der Tür stand ein halbes Fass, das als Kübel für die Notdurft diente und einen schrecklichen Gestank über die gesamte Zelle verbreitete. Auf engstem Raum wurden annähernd 240 Frauen gefangengehalten.“ Die Rede ist nicht von einem deutschen Konzentrationslager, nicht von einem Schreckensort der Gestapo. Die Rede ist von einem so genannten Transitgefängnis in Irkutsk, in dem Frauen auf

den Weitertransport in eines der vielen tausend sowjetischen Straflager warteten. Nora Pfeffer ist eine von ihnen, die hier zum ersten Mal auch mit kriminellen Frauen zusammentrifft. „Manche liefen halb nackt, teils ohne Büstenhalter umher. Viele waren tätowiert und hatten schrecklich eklige Sachen auf ihrem Körper geschrieben...“

Nun weiß man auch im Westen seit Alexander Solschenyzzin und seinem berühmten Buch über den „Archipel Gulag“, dass vor allem seit Anfang der 1930er-Jahre bis weit in die Fünfziger - also noch über Stalins Tod hinaus - in der Sowjetunion Menschen millionenfach durch Arbeit, Hunger, Misshandlung und Kälte zu Tode gekommen sind. Es ist dies aber ein Wissen, das abstrakt bleiben muss, solange es nicht in Einzelschicksalen dokumentiert wird. Dieser Aufgabe hat sich der ostdeutsche Historiker und Publizist Meinhard Stark unterzogen, der sich im vorliegenden Buch vor allem mit dem Leidensweg der weiblichen Häftlinge im weit verzweigten Gulag-System beschäftigt. Stark hat im heutigen Russland Überlebende der Lager aufgesucht, sie zum Sprechen ermutigt und einige auch dazu gebracht, ihre Erinnerungen auf Papier festzuhalten. Es sind vielfach einfache Frauen, wie man so schön sagt, Leute aus dem Volk, die wegen geringer Vergehen oft langjährige Strafen in den Lagern zu verbüßen hatten. Häufig genügte schon der Vorwurf, sich insgeheim religiös betätigt zu haben, um einen in die Fänge der sowjetischen Geheimpolizei, des NKWD, geraten zu lassen. Ein vor allem in den Städten bestens funktionierendes Spitzel- und Denunziantensystem sorgte dafür, dass Abertausende vielfach nur wegen einer Lappalie abgeurteilt wurden und in irgendeinem Lager verschwanden. Den Frauen erging es dabei besonders schlecht. Bei der Zwangsarbeit waren sie der gleichen Härte unterworfen wie ihre männlichen Leidensgenossen. Wie viele dabei umgekommen sind, erfroren in der Kälte Sibiriens oder schon auf dem Transport bei den quälend langen Fußmärschen vor Erschöpfung, wird sich kaum jemals feststellen lassen. Meinhard Stark hat aber nicht nur mit ehemaligen Gulag-Frauen gesprochen. Er konnte Einblick in Lagerberichte und Aktenbestände nehmen, aus denen hervorgeht, wie unbarmherzig der alltägliche Überlebenskampf vonstatten ging, dem die einzelnen Frauen ausgesetzt waren. Was hier an Demütigungen der verschiedensten Art, an sexuellen Übergriffen, an Brutalität und Willkür seitens der Lagerverwaltungen

und Wachmannschaften verübt wurde, erinnert an schlimmste Schilderungen aus den Konzentrationslagern der Nazis. Die Ordnung des Terrors im Stalinschen System, die Praxis einer absoluten Machtausübung, Arbeit und Sklaverei - über all dies wurde in der Sowjetunion erst mit Beginn von Glasnost und Perestroika geschrieben. Im Westen wurde man vor allem durch die Erinnerungen von Margarete Buber-Neumann auf die schrecklichen Zustände in Stalins Lagern aufmerksam. Aber, so moniert eine der Gulag-Frauen zu Recht: Es wurde in den 1980er- und 1990er-Jahren meist nur über die Schicksale Prominenter geschrieben. Das Millionenheer der Namenlosen, die im Gulag verschwanden, hat die zeitgeschichtliche Forschung weder im heutigen Russland noch im Ausland bislang sonderlich interessiert. Bei der Lektüre von Starks Buch fällt auf, wie sehr das lagerinterne Terrorsystem der Sowjets dem der Nazis glich. So erinnert sich Serafima Alikina der Schikanen, denen zum Beispiel eine Nonne in ihrer Baracke ausgesetzt war: „Man begann sie umher zu schubsen, auf den Boden zu werfen oder gegen die Pfosten der Pritschen zu stoßen. Manchmal kamen zwei, drei Wachleute herein und begannen sie durch die Baracke oder auf den Boden zu stoßen. Sie war schon kein Mensch mehr. Sie ist darüber verrückt geworden. Zuletzt, als ich entlassen wurde, war sie in der Baracke mit einer Eisenkette festgebunden. Wieviel dort an Ketten gelegt waren. Es war schrecklich...“

Der Gulag zerstörte die weiblichen Häftlinge durch Erniedrigung und Seelenmord, durch Repression, Hunger und Seuchen. Auch die machtausübende Obrigkeit trat direkt in Aktion, in Gewaltexzessen und Terrormaßnahmen. Sie drohte, verhängte Urteile, vollstreckte Strafen. Von geregelten Verfahren zu sprechen, war in den meisten Fällen unangebracht. Betroffen waren Frauen aus dem gesamten sowjetischen Machtbereich. Viele hatte man aus Polen, auch aus Deutschland, bei Kriegsende verschleppt. Sie stießen in den Lagern häufig auf kriminelle Mithäftlinge, die hier ihre eigene Hierarchie mit Gewalt durchzusetzen verstanden. Dabei kam es immer wieder zu Übergriffen, wie Meinhard Stark schreibt, die nur in ganz seltenen Ausnahmefällen geahndet wurden. So berichtet er von einer Frau, die von anderen Mithäftlingen ausgeraubt wurde. „Einige von ihnen warfen Hilda Vitzthum einfach um und rissen ihr die lebensnotwendigen Filztiefel von den Füßen. Niemand

war da, um ihr zu helfen, aber wahrscheinlich hätte es ohnehin niemand gewagt, sich einzumischen. Nach ihrer Anzeige bei der Lageradministration forderte man sie auf, die Stiefel selbst zu ersetzen...“ Eine weitere Frau - Antonie Satzger - berichtet davon, „wie sie als Brotholerin auf dem Weg in die Baracke von Kriminellen überwältigt und die Tagesration der gesamten Brigade gestohlen wurde. Ersatz dafür gab es nicht, im Gegenteil, Antonie Satzger wurde daraufhin strafversetzt.“

Meinhard Starks Buch über die „Frauen im Gulag“ stellt eine Mischform aus dokumentativem Bericht und authentischer Erinnerung dar, die immer wieder durch Informationen des Autors unterbrochen wird. Wer sich mit dem Schreckenssystem des Gulag beschäftigt, wird an diesem Buch nicht vorbei kommen. Das Leid der Frauen, das hier erstmals dokumentiert wird, steht stellvertretend für das Schicksal von Millionen Menschen, die dem Terror des roten Diktators Stalin zum Opfer fielen. Oder mit den Worten des Auschwitz-Häftlings Primo Levi: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen. Es kann geschehen, überall.“

*Wolf Scheller,
Köln*